



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDFORD
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, UND SPANISCH

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 7
9. Jahrgang

31. März 1941

Arbeiterblut fließt

(ITF) Durch Blutterror versucht das Nazi-system den wachsenden Widerstand gegen seine Tyrannei zu brechen. In Belgien, Norwegen und Holland wurden Arbeiter als Saboteure erschossen. In Belgien hat ein deutsches Standgericht den 40jährigen Kürschner, Remy Cours aus Gent, wegen Sabotage erschossen lassen. In Norwegen wurden bisher 13 Freiheitskämpfer zum Tode verurteilt, unter ihnen der Schiffsfunker S. Rasmussen (Haugesund).

In Holland wurden 3 Arbeiter wegen Aufforderung zum Streik und weitere 15 Freiheitskämpfer als Saboteure standrechtlich erschossen.

In Deutschland lassen die Nazis jetzt in ihrer Nervosität selbst Flugblattverteiler erschossen. Der 40jährige Paul Schneeberger aus Nürnberg wurde wegen des "Versuchs, Hetzschriften (- d.h. Antinazi-Flugschriften - Red.) ins Reich einzuschmuggeln", hingerichtet. Der 33jährige Paul Schnurr aus Frankfurt a/M wurde hingerichtet, nur weil er, wie das Deutsche Nachrichtenbüro berichtet, "während des Krieges zahlreiche Kettenbriefe und Flugblätter staatsfeindlichen Inhalts verbreitet hat".

(Für die Red.: Radio Hilversum, Oslo; D.N.B., 16.II., 27.II.41.)

Lieber tot als Sklave!

(ITF) In den verschneiten Hängen des Riesengebirges fanden Skifahrer bei Spindelmühle die Leiche eines polnischen Landarbeiters. Der Arbeiter war einige Wochen vorher vom Bauernhof, auf den er als Zwangsarbeiter transportiert worden war, geflohen, war damals aber von Gendarmen im Gebirge aufgegriffen und zurückgeschleppt worden. 2 Tage später floh er von neuem, er entging zwar der Polizei, aber erfror im Gebirge.

(Für die Red.: Der Prager "Neue Tag" veröffentlichte am 12.II. diesen Bericht zur Abschreckung tschechischer Arbeiter, die mit dem Gedanken spielen, vom Zwangsarbeitsplatz in Deutschland über die verschneiten Berge in die Heimat zu fliehen.)

Nazis gegen Gewerkschaftsführer

(ITF) Der Vorsitzende der norwegischen Telegraphen- und Telephonarbeitergewerkschaft, Arthur Ruud, wurde von der Nazipolizei verhaftet.

Im tschechischen "Protektorat" musste Anton Hampl, der Vorsitzende der Metallarbeiter-Einheitsgewerkschaft und Zelenka, der Vorsitzende der Einheitsgewerkschaftszentrale zurücktreten. Hampl war einst Vertreter der tschechoslowakischen Gewerkschafter in der Metallarbeiter-Internationale. Zelenka, ein demokratischer Sozialversicherungsfachmann, wurde, wie Hampl, von der Protektoratsregierung in sein Amt eingesetzt, als im August 1939 die Zusammenlegung aller Gewerkschaften zur Einheitsgewerkschaft abgeschlossen war.

An Zelenkas Stelle tritt sein den Deutschen gefügigerer Stellvertreter V. Stočes.

In den von deutschen Truppen besetzten Provinzen Frankreichs macht die Gestapo Jagd auf Gewerkschafter, die sich gegen die Gleichschaltung der Arbeiterorganisationen und gegen die Verschleppung französischer Arbeiter nach Deutschland wehren. Viele Gewerkschafter müssen unter falschem Namen leben und arbeiten.

Auflösung der Konsumgenossenschaften in Deutschland und Oesterreich

(ITF) Das Schicksal der deutschen und österreichischen Konsumgenossenschaften wäre besiegelt, wenn sich die Nazi-Diktatur nach diesem Krieg in Deutschland und Oesterreich an der Macht behaupten könnte. Denn jetzt werden (durch Verordnung vom 18. Februar 1941)

die deutschen und österreichischen Verbrauchergenossenschaften formell aufgelöst; nach Kriegsende soll die Auflösung durchgeführt werden.

Schon vor 8 Jahren, im Mai 1933, haben die Nazis die Selbstverwaltung der deutschen Konsumgenossenschaften (K.G.) zerstört. Am Tage nach der Zerschlagung der freien Gewerkschaften setzte Dr. Ley in der Hamburger Zentrale der deutschen K.G. einen Vertrauensmann ein, der das Recht erhielt, mit dem Vermögen von 3 1/2 Millionen Genossenschaftsfamilien nach Gutdünken umzuspringen. Aus den Selbsthilfeorganisationen der deutschen Arbeiter wurden nationalsozialistische Kettenläden. Der den christlichen Gewerkschaften nahestehende sogenannte Kölner K.G.-Verband wurde mit dem Hamburger Verband verschmolzen. Der Nazikommissar war keinem Verbraucherausschuss mehr Rechenschaft schuldig, sondern nur dem Dr. Ley. Dr. Ley hat die Methoden, nach denen er mit Arbeitergroschen umgeht, auf dem Nazi-Parteitag in Nürnberg 1937 treffend geschildert, als er Hitler sagte: "Mein Führer, an sich stehe ich täglich mit einem Fuss im Gefängnis; denn ich bin heute noch der Treuhänder der Genossen Leipart und Imbusch (- der Vorsitzenden und Verwalter des von den Nazis gestohlenen Vermögens der freien und christlichen Gewerkschaften - Red.) und wenn die einmal ihr Vermögen von mir zurückverlangen, dann habe ich das verbaut oder sonst verausgabt. Also müsste ich verurteilt werden". "Da lachte der Führer", sagte Dr. Ley, "und meinte, ich fühlte mich aber anscheinend äusserst wohl bei diesem Zustand".

Nazis würgen die Genossenschaften ab - Mit Zerschlagung von Fenster-scheiben begannen die Nazis 1932 ihren Kampf gegen die K.G. In den ersten 3 Monaten ihrer Regierungstätigkeit haben sie mehr als 50 Genossenschaften abgewürgt. Die Nazi-Einzelhändler erwarteten damals, dass alle Verkaufsstellen der K.G. geschlossen würden, denn in überfüllten Versammlungen hatten die Nazi-Redner ihnen immer wieder Beseitigung der Konkurrenz der Warenhäuser, der Filialgeschäfte und der K.G. versprochen. Sie wurden betrogen. Die Arbeitsfront, die auch die Mittelstandsorganisationen übernommen hatte, hat zwar im Sommer 1933, als sich in jeder deutschen Stadt der Führer der örtlichen Nazi-Kaufleute als kommender Wareneigentümer fühlte, Verpachtung der 13.000 genossenschaftlichen Verkaufsstellen an gesinnungstüchtige Händler versprochen. Der Plan scheiterte aber am Einspruch der andern Händler, die eine verschärfte Konkurrenz fürchteten und am Einspruch der Armee. Die Armee wollte den gut eingespielten Verteilungsapparat der K.G., der 12 - 15 Millionen Verbraucher versorgte, für die Zeit des geplanten Krieges erhalten. Es kam zu einem Kompromiss. Den Verbrauchern wurde das Recht genommen, ihre Genossenschaften selbst zu verwalten, aber in den Bezirken, in denen die K.G. schwer ersetzbar waren, blieb das Verkaufstellennetz intakt. Liquidationskommissionen reisten herum, um festzustellen, welche Genossenschaften aufgelöst werden könnten.

Die Mitglieder protestierten gegen die Verfälschung der konsumgenossenschaftlichen Idee durch Massenaustritt und Käuferstreik. Von 3,65 Millionen Mitgliedern (Ende 1932) traten (bis Ende 1934) 400.000 Mitglieder aus den gleichgeschalteten Vereinen aus. In vielen Orten, in denen Austritt verboten wurde, traten die Mitglieder in Kaufstreik. Die Umsätze der K.G. sanken von 1100 Mio RM (1932) auf 504 Mio RM (1935). Durch diesen Umsatzrückgang waren viele K.G. nicht mehr lebensfähig. Die Nazidiktatur liess 73 der grössten Genossenschaften auflösen, so Berlin, Breslau, Dresden, Wuppertal (Ruhrgebiet), Kiel, Magdeburg, München, Chemnitz, Köln, Lübeck, Hannover, Plauen, Annaberg, Gera und Pirmasens.

Es zeigte sich bald, dass damit die Versorgung einzelner Städte in Frage gestellt war; für 3000 gut eingerichtete Verkaufsstellen, die Nazi-Einzelhändlern zu günstigen Bedingungen angeboten wurden, fanden sich knapp 1000 Interessenten. Im Ruhrgebiet, in Köln, in Berlin, Breslau und Dresden wurden "Auffanggesellschaften" gebildet, die die genossenschaftlichen Verteilungsstellen weiterführten. Jetzt konnten in den Genossenschaftsläden auch Nicht-Mitglieder kaufen.

8300 der 13.000 K.G.-Verteilungsstellen wurden als Konsumläden weitergeführt. Als aber 1938 Funk Wirtschaftsminister wurde, ein alter Nazi, der schon als Redakteur der Berliner Börsenzeitung Wirtschaftsberater ^{Hitlers} war, verlangten die zu kurz genommenen Nazis energisches Vorgehen. Funk hat denn auch im Mai 1938 nach Uebernahme des Wirtschaftsministeriums angeordnet, dass erneut zu prüfen sei, welche K.G. kriegswirtschaftlich entbehrlich seien. Vorübergehend liess der Druck der Interessenten auf die Arbeitergenossenschaften nach, als die Uebernahme von etwa 9000 jüdischen Einzelhandelsgeschäften in Deutschland und Oesterreich gewinnbringender erschien. Nach dem Abschluss des "Entjudungsgeschäfts" wurden von den Enttäuschten die alte Forderung nach Beseitigung der Konkurrenz der Warenhäuser, Filialgeschäfte und K.G. wieder aufgenommen. In den Warenhäusern und

Filialgeschäften sassen jetzt hochgestellte Nazis, die Partei zog es deshalb vor, zu versprechen, dass "die K.G. demnächst endgültig liquidieren würden". Noch einmal mischte sich die Armee ein. Auf der letzten Tagung des gleichgeschalteten Verbrauchergenossenschaftsverbandes sprach ein General über kriegswirtschaftliche Fragen.- Die Verbrauchergenossenschaften hatten die Verpflegung der Arbeitermassen beim Bau des "Westwalls" organisiert.

Die österreichischen K.G. wurden nicht aufgelöst, sondern nach Beseitigung der Selbstverwaltung dem gleichgeschalteten deutschen Verband angeschlossen. Ein SA-Standartenführer übernahm die Kontrolle. Im Sudetengebiet dagegen erreichte Henlein die vollständige Auflösung der K.G.; am 24. Juni 1939 wurde die Liquidation der sudetendeutschen K.G. abgeschlossen.

Jetzt wurden Arbeitergroschen gestohlen - Der Krieg hat die Lage der deutschen Einzelhändler ausserordentlich verschlechtert. Die Rationierung hat ihren Umsatz plötzlich schrumpfen lassen, viele Einzelhändler stehen am Rande des Bankrotts. Die Nazileitung hielt es für angezeigt, die Kleinhändler mit neuen Versprechungen aufzumuntern. Da keine jüdischen Geschäfte mehr verschenkt werden können, verspricht die Nazidiktatur Einzelhändlern, die sich für den Nazi-Krieg einsetzten, für die Nachkriegszeit Geschäfte polnischer Kaufleute in den - für die "Ewigkeit" - einverleibten Teilen des polnischen Staates und die von den deutschen Arbeitern errichteten K.G.-Verkaufsstellen. Die Generäle haben die deutschen Arbeiter wieder einmal verraten, sie haben nur darauf bestanden, dass während des Krieges keine einschneidenden Veränderungen bei den Genossenschaften vorgenommen werden dürfen. Gegen Auflösung der K.G. nach dem Kriege haben sie nichts, offensichtlich aus der Ueberlegung heraus, dass, wenn Hitler sich in diesem Krieg behaupten könnte, in Europa bis auf weiteres kein militärischer Gegner von Bedeutung mehr existieren würde und dass, wenn Hitler gestürzt wird, alle Hitler-Verordnungen gegen die Arbeitergenossenschaften so wie so null und nichtig sind. Dass sie den Genossenschaften ihr Wort verpfändet haben, stört sie nicht. Offiziersehrenworte werden im Nazireich leicht gebrochen.

Unter der Voraussetzung, dass erst nach Kriegsende die K.G.-Läden geschlossen werden dürfen, wurde das Vermögen der K.G., der deutschen Grosseinkaufsgesellschaft in Hamburg und der Grosseinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine in Wien auf die Arbeitsfront übertragen. "Laut Gesetz gehören die Verbrauchergenossenschaften... seit dieser Woche der Deutschen Arbeitsfront", triumphierte Ley (am 1. März) im "Angriff". "Damit ist die ganze Bewegung des verbrauchergenossenschaftlichen Charakters entkleidet und die K.G. sind damit aufgelöst".

Die Spargroschen der Arbeiter - Dr. Ley verspricht: "Keiner der Genossen und Mitglieder der K.G. wird Schaden erleiden. Die Anteile der Genossen gehen auf die Deutsche Arbeitsfront über. Die Einlagen und Spargelder werden von der Deutschen Arbeitsfront zurückgezahlt werden". Aber wann? Ab 1. März gehört das Genossenschaftsvermögen der Deutschen Arbeitsfront, die Genossenschafter werden auf die Nachkriegszeit vertröstet.

Im Mai 1933 hat der gleiche Dr. Ley in einem Gleichschaltungsaufwurf versprechen lassen: "Es ist selbstverständlich, dass die deutsche Arbeitsfront nicht Einrichtungen zerschlagen wird, die der Versorgung der Arbeiter und Angestellten mit preiswerten Waren dienen".

Wie das Versprechen vom Mai 1933 gehalten wurde, haben die Arbeiter erlebt; sie werden sich keine Illusionen über den Wert des neuen Versprechens machen.

Aber auch die Einzelhändler werden eine bittere Enttäuschung erleben. Denn aus den Genossenschaftsläden, in denen nur Mitglieder kaufen konnten, wurden jetzt Filialgeschäfte, die jedem Käufer offenstehen. Und hinter diesem Filialkonzern steht die einflussreiche Nazi-Partei, bereit, unter Einsatz ihres politischen Einflusses, rücksichtslos jeden unliebsamen Konkurrenten niederzutreten.

(Für die Red.: Der Bericht stützt sich auf nazi-zensierte deutsche Publikationen, Eigenberichte und Informationen des Internationalen Genossenschaftsbundes.)

Unter dem Hakenkreuz

Zwangsarbeit und Arbeitszwang in Holland

(ITF) Die Streikbewegung, die Mitte Februar durch Holland ging, hat die Nazis ausserordentlich beunruhigt. Die Nazis haben zwar durch Standgerichte und Militäraufgebot die Streiks brechen können, aber sie wollen die holländischen Arbeiter nicht nur niederhalten, sie wollen sie vielmehr zwingen, für Deutschland zu arbeiten. Sie haben deshalb in Holland das deutsche Zwangsarbeitsrecht eingeführt.

beiten. Sie haben deshalb in Holland das deutsche Zwangsarbeitsrecht eingeführt.

Zwangsarbeit - Hitlers Reichskommissar in Holland verordnete: "Bewohner des besetzten niederländischen Gebiets können durch das Bezirksarbeitsamt verpflichtet werden, auf bestimmte Zeit auf einem ihnen vorgeschriebenen Platz innerhalb des besetzten niederländischen Gebiets Dienste zu verrichten". "Das Arbeitsverhältnis darf nur mit Zustimmung des Arbeitsamts gelöst werden".

Alle Bewohner Hollands können zur Zwangsarbeit aufgerufen werden, auch Angehörige anderer Staaten, wie Belgier, Schweden, Spanier, Italiener und Amerikaner.

Betriebe können gezwungen werden, Arbeiter und Angestellte zur Zwangsarbeit zur Verfügung zu stellen. Die Zwangsarbeiter gelten als beurlaubt und haben für die Dauer der Zwangsarbeit keinen Lohnanspruch an den Betrieb. Während der Zwangsarbeit erhalten sie den am neuen Arbeitsplatz üblichen Lohn, auch wenn sie dann wesentlich weniger verdienen.

In Deutschland haben Zwangsarbeiter 1938 und 1939 durch Langsamarbeitenden und besondere Massnahmen - über die nicht berichtet werden kann - durchgesetzt, dass den zur Zwangsarbeit Dienstverpflichteten ein Teil des durch niedrigeren Lohn am neuen Arbeitsplatz entstehenden Verdienstausfalls ersetzt wird. In Holland ist kein Härteausgleich vorgesehen.

Arbeitszwang - Die deutschen Behörden rechnen damit, dass holländische Arbeiter versuchen werden, aus Betrieben, die für den deutschen Kriegsparat arbeiten, abzuwandern. Sie haben deshalb den Arbeitsämtern Vollmacht gegeben, "das Lösen eines Arbeitsverhältnisses von der Zustimmung des Arbeitsamts abhängig zu machen". Damit Arbeiter, die es auf irgend eine Art fertig bringen, den Zwangsarbeitsplatz zu verlassen, keine andere Arbeitsmöglichkeit finden, kann auch Einstellung und Beschäftigung von Arbeitern von der Zustimmung des Arbeitsamts abhängig gemacht werden". Bei jedem holländischen Arbeitsamt sitzen Vertreter der deutschen Behörden.

(Für die Red.: Verordnung vom 3.III.41.)

Der Nazi-Lohndruck in Holland

(ITF) Das Ziel der Nazi-Lohnpolitik in Holland schilderte Mr. Ir. A.W. Quint, der jetzige Sekretär des holländischen Schlichter-Kollegiums dem Amsterdamer "Algemeen Handelsblad": die seit dem Einfall der deutschen Truppen eingetretene Preissteigerung soll nicht durch Teuerungszulagen ausgeglichen werden. Durch die Teuerung soll die Lebenshaltung der holländischen Arbeiter auf das deutsche Niveau herabgerückt werden. Der Sekretär der Lohndruck-Behörde betonte: "vor jeder (Lohn-)Erhöhung, auch wenn sie periodischer Art ist (es sei denn, dass sich die Erhöhung aus dem Tarifvertrag ergibt), .. muss der Unternehmer um Genehmigung bitten... Anträge um Erlaubnis zur Gewährung von Teuerungszulagen wurden regelmässig abgelehnt". Es sei ihm sehr peinlich gewesen, dass dem unteren Reichs- und Gemeindepersonal teilweise Teuerungszulagen bewilligt wurden, denn die Folge dieser kleinen Konzession an das Personal im öffentlichen Dienst war ein "Strom entsprechender Gesuche aus der Privatwirtschaft". Der Sekretär der Lohndruck-Behörde kündigte die Einführung von Mindest- und Höchstlöhnen an.

Er gibt zu, dass das Verweigern von Teuerungszulagen vor allem für die vielen Kurzarbeiter einen schwer erträglichen Zustand schafft. Aber er tröstet, die Arbeiter erhielten doch Kurzarbeiterunterstützung. - Diese Kurzarbeiterunterstützung ist jedoch ausserordentlich niedrig. Sie ist so knapp festgesetzt worden, dass dem Kurzarbeiter an Lohn und Unterstützung zusammen keinesfalls mehr als 6/5 der niedrigen Erwerbslosenunterstützung ausbezahlt wird.

An dem Tage, an dem diese Erklärung veröffentlicht wurde, streikten in Amsterdam, Rotterdam, Den Haag, Utrecht und vielen andern holländischen Städten Arbeiter, Angestellte und Beamte.

(Für die Red.: "Algemeen Handelsblad", 26.II.41; siehe "Faschismus", 14.XII.40 und 3.II.41.)

Die Februarkämpfe in Holland

(ITF) Berichte aus Holland geben weitere Einzelheiten über die Ursachen der Strassenkämpfe. In der Nacht vom 19. zum 20. Februar wollte in Amsterdam die reichsdeutsche Polizei in einem Hause der van Woustraat, einer Arbeiterstrasse, Oppositionelle verhaften. Es kam zu einer förmlichen Schlacht zwischen den deutschen Polizisten und den Bewohnern des Viertels. Auf beiden Seiten wurde geschossen, ätzende Säuren wurden auf die deutschen Polizisten gespritzt, Arbeiter banden Aexte an Stricke, schwenkten sie im Kreise und trieben die Polizisten zurück. Erst nachdem die Polizei Verstärkung

erhalten hatte, konnte das belagerte Haus besetzt werden. Doch inzwischen waren alle Gesuchten entkommen. (Nach einem Bericht konnte die Polizei einen der Gesuchten verhaften; der Verhaftete soll erschossen worden sein.)

Am folgenden Tage wurden in verschiedenen Strassen Amsterdams deutsche Soldaten verprügelt. Auf die scharfen Massnahmen der deutschen Militärbehörden antworteten in Amsterdam, Rotterdam, Den Haag, Utrecht und anderen kleineren Industriestädten viele Betriebe und Behörden mit Streik. In Amsterdam, in Utrecht und Zaandam kam es zu Strassenkämpfen, die deutsche Polizei musste Barrikaden stürmen.

Da die deutschen Behörden ein weiteres Umsichgreifen der Streikbewegung fürchteten, mussten (am 26. Februar) alle holländischen Zeitungen einen scharfen Befehl des Oberkommandierenden der deutschen Besatzungsarmee veröffentlichen, dessen entscheidende Teile lauten: "Ich befehle: in allen öffentlichen und privaten Betrieben muss Donnerstag morgens (27. Februar) die Arbeit wieder im vollen Umfang aufgenommen werden.

Umzüge, Versammlungen, Demonstrationen jeder Art, besonders auf öffentlichen Strassen und Plätzen und in Betrieben sind verboten".

"Ferner wird, soweit nicht noch strengere Strafbestimmungen übertreten wurden, vor allem, wer zum Streik auffordert oder dazu anreizt oder die Arbeit niederlegt, mit Zuchthaus bis 15 Jahren bestraft".

"Handelt sich um für die Armee wichtige Betriebe, wozu alle lebenswichtigen Betriebe gehören, dann kann die Todesstrafe verhängt werden".

Unternehmern, die in nationaler Solidarität für die Hauptstreiktage (25. und 26. II.) Lohn auszahlen wollten, wurde mit Betrafung gedroht.

Am 8. März ist der Belagerungszustand in Nord-Holland wieder aufgehoben worden. Die Zuchthausverordnung blieb in Kraft. Mit der Abwürgung weiterer Streikversuche wurde der Kommandeur der deutschen Bombengeschwader in den Niederlanden, Generalleutnant Siburg, beauftragt.

(Für die Red.: Siehe den Bericht vom 3. März 1941.)

Gefängnis für den,
der sagt, was er denkt

(ITF) "Ein (holländischer) Strassenbahnschaffner, der im Dienst mit einem deutschen Soldaten einen Wortwechsel begonnen hatte, erhielt ein Jahr Gefängnis. Dieselbe Strafe erhielt ein junges Mädchen, das öffentlich deutsche Soldaten durch Schimpfworte beleidigt hatte"

berichtet "Het Volk", das von den Nazis gestohlene Organ der holländischen Arbeiterbewegung.

(Für die Red.: "Het Volk", 28. II. 41.)

Faustrecht in Norwegen

(ITF) Zu Mord und Totschlag fordert Jorgen Nordvik, der Staatsanwalt der von Berlin eingesetzten Osloer Naziregierung, die Quisling-Nazis auf. Den Quisling-Nazis gehöre Norwegen, die Quisling-Nazis hätten daher das Recht, Norweger, die sich gegen Nazis zur Wehr setzen oder auch nur Nazis kritisieren, niederzuschlagen, ja, sie dürfen ihre Racheakte sorgfältig vorbereiten.

In einer Rundfunkrede proklamierte der Nazi-Staatsanwalt das Faustrecht: "die Justizbehörden vertreten die Auffassung, dass ein Mann, der eine Ehre oder sich selbst verteidigte, unter Umständen vom Staat für straffrei erklärt wird. Diese Nachsicht wird man auch walten lassen, wenn die Person, an der die Vergeltung vollzogen wird, körperlich zu Schaden kommt und es ist nicht nötig, dass die Beleidigung sofort bestraft wird". - Die Racheüberfälle können also sorgfältig vorbereitet werden.

"Zur Zeit ist diese Frage besonders aktuell. Ich denke an die Taten, die gegen Mitglieder der (Quislingschen) Nationalen Sammlungs-Partei ausgeführt wurden... Es ist durchaus verständlich, dass die Mitglieder der Nationalen Sammlungs-Partei sich solche Beschimpfungen nicht gefallen liessen und Vergeltung übten. In einer Reihe von Fällen haben Leute, die von Mitgliedern der Nationalen Sammlungs-Partei bestraft wurden, versucht, Mitglieder dieser Partei zu verklagen, aber ihre Klage ist unter den heutigen Umständen nicht angenommen worden. Nun hört man Leute sagen, werden dem diese Mitglieder der Nationalen Sammlungs-Partei, die Leute überfallen, nicht bestraft? Gilt für sie nicht gleiches Recht?.. Unter den heutigen Bedingungen... halte ich es für richtig, dass die Hüter des Rechts auf Grund des Gesetzes Personen, die sich provoziert fühlten und sich deshalb selbst Recht verschafften, nicht bestrafen lassen. Auf Grund dieses Rechtsgrundsatzes habe ich bereits eine Reihe Strafen gegen Mitglieder der Nationalen Sammlungs-Partei, die Andere misshandelt hatten, aufgehoben und ich werde es künftig in entsprechenden Fällen wieder tun..."

(Für die Red.: Radio Oslo, 20. III. 41.)

Streik um Lebensmittel

(ITF) In Béthune, im nordfranzösischen Departement Pas de Calais, protestierten Bergarbeiter

durch 2-tägigen Streik gegen die schlechte Lebensmittelversorgung.

14%iger Leistungsrückgang
im belgischen Bergbau

Bergarbeiter erklären, dass sie bei der schlechten Ernährung nicht mehr leisten könnten. Die deutschen Behörden, denen der Leistungsrückgang Sorge macht, bewilligten den Bergarbeitern daraufhin etwas reichlichere Lebensmittelrationen. - Ob die Leistung der belgischen Bergarbeiter wieder steigen wird, bleibe dahingestellt.

Polnische Bergarbeiter
unterbezahlt

(ITF) Im oberschlesischen Industriegebiet erhielten bis zum Beginn des Hitler-Krieges auf beiden Seiten der Grenze polnische und deutsche Bergarbeiter bei gleicher Leistung gleichen Lohn. Heute steht das ganze oberschlesische Industriegebiet unter deutscher Herrschaft; polnische Bergarbeiter erhalten in Oberschlesien heute weniger Lohn als deutsche Arbeiter für gleiche Leistung im gleichen Pütt.
(Für die Red.: Streik Béthune, November 1940.)

Den jüdischen Arbeitern
in Rumänien

wurde von der Kriegssachsenregierung Antonescu das Arbeitsbuch entzogen. Die Lehrverträge aller jüdischen Lehrlinge und alle Arbeitsverträge jüdischer Arbeiter und Angestellter wurden für nichtig erklärt, (berichtete Radio Bukarest am 22.III.41.). - (ITF)

Cvetković
Gewerkschaftsfeind und
Agent der Kriegssache

(ITF) Dragiša Cvetković, der jugoslawische Ministerpräsident, der versuchte, sein Land der Kriegssache auszuliefern, ist ein erbitterter Feind der freien Gewerkschaftsbewegung. In enger Zusammenarbeit mit der nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront und den italienischen faschistischen Organisationen, hat er 1938 den gelben "Jugoslawischen Arbeiterverband (Jugoras, d.h. Jugoslovenski radnički savez) gegründet. Mit diesem Verband wollte er den freigewerkschaftlichen "Vereinigten Arbeiter-Gewerkschaftsverband" (URSSJ, d.h. Ujedinjeni radnički sindikalni savez Jugoslavije) und den demokratisch orientierten "Kroatischen Arbeiterverband (HRS, d.h. Hrvatski radnički savez) überrennen, um dann alle Arbeiter Jugoslawiens in seine gelbe Organisation zu zwingen.

Der erste Kongress des Jugoras wurde vom damaligen jugoslawischen Ministerpräsidenten Milan Stojadinović eröffnet - dem gleichen Stojadinović, der noch unter der Ministerpräsidentschaft Cvetković' von den jugoslawischen Behörden als deutscher Agent festgenommen werden musste. Cvetković, der damals Arbeitsminister war, versprach, seinen ganzen Einfluss zur Ausschaltung der freien und der demokratischen Gewerkschaften einzusetzen. Der Kongress des Jugoras verlangte, dass allen anderen Gewerkschaftsorganisationen die Anerkennung entzogen werden sollte.

Mit allen Mitteln des Wirtschafts- und Verwaltungsterrors hat Cvetković den Kampf gegen die Gewerkschaften geführt. Den Kampf gegen die kroatische Organisation musste er einstellen, als er sich als Ministerpräsident 1939 mit dem Kroatenführer Maček einigte. Umso stärker richtete sich der Terror gegen die freien Gewerkschaften.

Der Kampf spielte sich vornehmlich um die Arbeiterkammern ab. Die jugoslawischen Arbeiterkammern sind öffentliche, mit öffentlichen Mitteln finanzierte Institutionen in den grösseren Städten. Die Vorstände der Arbeiterkammern werden in den Betrieben von den Belegschaften gewählt. Alle anerkannten Gewerkschaftsverbände stellen Kandidatlisten auf. Die freien Gewerkschaften hatten in einigen Arbeiterkammern entscheidenden Einfluss, in anderen waren sie eine starke Minderheit. Der Jugoras versuchte, die Wahlen durch Terror zu beeinflussen und in den Arbeiterkammern, in denen er eine Mehrheit hatte, die Freigewerkschafter auszuschliessen. Selbst die Regierung musste gegen derartige Uebergriffe der gelben Organisation einschreiten.

Aber am 31. Dezember 1940 hat die Regierung des Ministerpräsidenten Cvetković die freie Gewerkschaftszentrale mit sämtlichen Mitgliedsverbänden mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Damals verhandelte Cvetković bereits hinter dem Rücken des jugoslawischen Volkes mit Deutschland über einen Pakt. Durch das Verbot erreichte der Jugoras endlich was er wollte: die freien Gewerkschaften wurden aus den Arbeiterkammern endgültig hinausgedrängt.

Doch im jugoslawischen Volk, das sich so schwer seine Freiheit erkämpft hatte, sind die Freiheitstraditionen stark verwurzelt. Die Drangsalierung und Verfolgung der freien Gewerkschaftsbewegung ist von den Ortsbehörden und den kleinen Beamten nicht mitgemacht worden. Es gereicht ihnen zu Ehre,

dass die reaktionäre Regierung nicht imstande war, das Verbot der freien Gewerkschaften vollständig durchzuführen. Die Ortsbehörden liessen den verbotenen Gewerkschaften einen gewissen Spielraum zur Weiterarbeit.

Jetzt ist der Führer des Jugoras nach der Unterzeichnung des Vertrags, durch den er sein Volk der Kriegssache ausliefern wollte, von einer Volksbewegung fortgejagt worden. In der neuen Regierung sitzen aufrechte Demokraten, die jahrelang gegen das Diktaturstreben der Stojadinović und Cvetković gekämpft haben. Die neue Regierung Jugoslawiens darf sich nicht damit begnügen, den aussenpolitischen Verrat an der Freiheitstradition Jugoslawiens wiedergutzumachen, sie muss auch die innerpolitischen Massnahmen, die den aussenpolitischen Verrat erst ermöglichten, beseitigen, sie muss auch das Verbot der freien Gewerkschaftsbewegung aufheben. Mit der Filiale der faschistischen Internationale, mit dem Jugoras, werden die jugoslawischen Arbeiter rasch fertig werden.

Wenn man in Italien
den Mund aufmacht...

(ITF) "Durch eine im 'Faschistischen Verordnungsblatt' erschienene Verfügung werden alle Faschisten zur Ueberwachung der Gespräche eingesetzt, die in Italien, sei es in öffentlichen Lokalen, sei es auf der Strasse, geführt werden", meldet das Deutsche Nachrichten-Büro aus Rom. "Es erwies sich als nötig in grundsätzlicher Hinsicht, die Verbreitung von Gerüchten und überhaupt alles politische Geschwätz zu verbieten und über das ganze italienische Volk ein Schweigegebot über politische Dinge zu verhängen". - (Für die Red.: D.N.B. 6.III.41)

Todesstrafe für Radiohörer

(ITF) Radio Rom erklärte: "Wenn morgen für Spekulation Kriegsrecht eingeführt wird, damit die Spekulanten und vielleicht auch die BBC-Hörer genau so abgeurteilt werden wie Soldaten, die an der Front desertieren, würden wir darüber auch nicht den Schatten eines Bedauerns empfinden".
(Für die Red.: Radio Rom, 14.III.41.)

Arbeitsfront in Dänemark

(ITF) Die bedeutungslose dänische Naziartei des Dr. Fritz Clausen hat ihre sogenannten Arbeiterorganisationen aufgelöst und als Ersatz nach Berliner Muster eine "Arbeitsfront" gegründet, der Unternehmer und Arbeiter beitreten sollen.
(Für die Red.: Radio Kopenhagen, 19.III.41.)

Dänische Werftarbeiter
verweigern Ueberarbeit
für Nazis

(ITF) Auf der Kopenhagener Werft Murmeister und Wein hat die Direktion die Arbeitszeit von 7 auf 7 1/2 Stunden verlängert. Bei der starken Erwerbslosigkeit unter den dänischen Metallarbeitern kann diese Arbeitszeitverlängerung nur den Sinn haben, dass Arbeiten für Deutschland beschleunigt oder Arbeiter für Deutschland freigemacht werden sollen.
Die Werftarbeiter protestierten gegen diese Arbeitszeitverlängerung und gingen demonstrativ 6 Tage hintereinander am Ende der 7Stundenschicht nach Hause.
(Für die Red.: Der Bericht stammt aus der 2. Märzhälfte.)

Frauenschutzbestimmungen
werden nicht eingehalten

(ITF) Die Wiener Presse berichtet: "Freitag vormittag ist bei der Stephanskirche die 53-jährige Hilfsarbeiterin Josefa Rosnowski bei der Arbeit infolge eines Schwindelanfalls von einem Hängegerüst 4 Meter tief auf ein zweites Hängegerüst gefallen". Die Bauarbeiterin musste mit einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus transportiert werden.

2 Monate vorher hatte das Berliner Arbeitsministerium wieder einmal die Gewerbeinspektion angewiesen, auf keinen Fall zu erlauben, dass Frauen auf Bauten arbeiten; wie der Wiener Bericht zeigt - um den Schein zu wahren.

Versprechungen, die den Frauen gemacht wurden, um sie zu veranlassen, in deutschen Kriegsbetrieben Arbeit anzunehmen, werden genau so wenig beachtet. Die Nazis versprachen, dass für Mütter Halbtagsstellen eingerichtet würden, sodass ihnen Zeit für den Haushalt bliebe, dass Frauen nicht zu schwerer Männerarbeit herangezogen werden und dass Studentinnen in den Betrieben arbeiten würden, um den verheirateten Arbeiterinnen längeren Urlaub zu verschaffen.

Als Bluff hat sich das alles erwiesen. Eine Sekretärin des Frauenamts der Deutschen Arbeitsfront berichtet jetzt, dass "die Betriebe vielfach nicht gewillt sind, Frauen für eine halbtägige Beschäftigung einzustellen" dass Frauen trotz Verbot im Bergbau, in Salinen und auf Bauten beschäftigt

31. März 1941

Am Radio abgehört

haben wir u.a.:

An die Eisenbahner Frankreichs
und Deutschlands

wandte sich John Marchbank über den Londoner Rundfunk: Als Generalsekretär der britischen Eisenbahnergewerkschaft und als Vizepräsident der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, der auch unsere französische Kameraden viele Jahre angeschlossen waren, sende ich den Eisenbahnern und Transportarbeitern Frankreichs brüderliche Grüsse. Ich brauche nicht zu betonen, dass wir, britischen Eisenbahner, keine Differenz mit unseren Kameraden in Frankreich haben. Wir sorgen uns um sie und hoffen, dass sie, wie wir, Todfeinde des Nazisystems und des Faschismus blieben. Und wir hoffen auch, dass sie in absehbarer Zeit wieder ihren Teil im Kampf werden tun können, in dem Kampf, der ihnen die Freiheit wiedergewinnen wird und ihnen und uns allen ein friedliches Nachgehen unseres Berufs ermöglichen soll und den Besitz demokratischer Vereinigungen, deren Ausbau wir so lange Jahre gemeinsam gearbeitet haben.

Wir wissen, dass die französischen Eisenbahner eine Zeit lang in der vordersten Front des Kampfes standen, so lange, bis sie und das übrige Frankreich von den Feinden der Demokratie verraten wurden. Aus eigener Erfahrung werden sich die französischen Eisenbahner daher vorstellen können, was es für die britischen Eisenbahner bedeutet, dass sie jetzt allein für Versorgung und Kriegsmaterialtransport für alle unsere Streitkräfte zu sorgen haben, neben dem Aufrechterhalten des Verkehrs für die in Kriegsindustrie und lebenswichtigen Berufen Beschäftigten.

Die Arbeiter Frankreichs wissen, welche ausserordentliche Wandlung der Krieg den Eisenbahnern brachte. Die britischen Eisenbahnen wurden bei Kriegsausbruch sofort der Regierungskontrolle unterstellt, aber dadurch wurde weder unsere gewerkschaftliche Verhandlungsorganisation behindert, noch wurde der Ablauf des Betriebs der Eisenbahnen sonderlich beeinflusst. Unser demokratisches Verhandlungssystem blieb unangetastet, die Orts- und Landesverträge bleiben bestehen und viele Probleme, die im Verlauf des Krieges auftauchten, wurden sofort im Interesse der Eisenbahner und der Gesamtheit angepackt und gelöst.

Luftangriffe haben die Arbeit der Eisenbahner ausserordentlich erschwert. Die vollständige Verdunkelung muss an erster Stelle erwähnt werden, damit man die Schwierigkeiten im Eisenbahnbetrieb richtig beurteilen kann. Während der Luftangriffe wird gearbeitet und die Frage des Luftschutzes musste geregelt werden. Denn die Arbeit der Eisenbahner kann während der Luftangriffe nicht eingestellt werden und sie wird es auch nicht. Die Eisenbahner folgten als lebenswichtiger Betrieb der Losung unseres Arbeiterministers: 'Packt an!' ('Go to it!').

Seit der Krieg begann, hat die Arbeit der Eisenbahnen zugenommen, während gleichzeitig eingearbeitete Eisenbahner eingezogen wurden. Sonderzüge für Truppentransporte und für Familien, die aus dem Küstengebiet und aus Grosstädten, wie London und Liverpool, evakuiert wurden, mussten nach kurzem Abruf gefahren werden. Ein Beispiel: während 6 Junitage wurden 111.000 Kinder und ihre Begleiter aus London herausgebracht, in 8 Tagen wurden in 620 Zügen mehr als 300.000 Soldaten aus 7 verschiedenen Häfen abtransportiert, trotzdem man die Zeit ihrer Ankunft im Hafen vorher nicht kannte. An einem einzigen Tage mussten auf einer einzigen Bahnstrecke allein 73 Truppentransporte gefahren werden. Tausende Eisenbahner sind dem freiwilligen örtlichen Heimatschutz beigetreten, viele helfen beim Schutz der Eisenbahnanlagen. Sonderzüge fuhren zum Abtransport der Flüchtlinge, die aus Holland, Belgien und Frankreich nach England kamen, der Transport war nicht einfach, denn viele der Flüchtlinge kannten nur wenige Worte Englisch.

Durch Luftangriffe und durch die Notwendigkeit, die Strecken zu reparieren und zu bewachen, wurde die Arbeit besonders erschwert; der harte Winter 1939/40 hat die Arbeit weiter behindert. 1500 Meilen Schienen waren durch Schnee blockiert, ganze Züge schneiten ein, Hunderte von Meilen Telegraphen- und Telephondrähte brachen; Milch und Lebensmittel mussten per Schiene in die eingeschneiten Städte und Dörfer transportiert werden.

Auf verschiedenen Stationen waren besondere Einrichtungen für durchfahrende Truppen einzurichten, Speisegelegenheiten, Ruhemöglichkeiten; in den 3 Monaten besonders intensiver Luftangriffe wurden täglich mehr als 400 Speisewagen in Passagierzügen gefahren. Kurz: Tagaus, tagein arbeiten die Eisenbahner Grossbritanniens, um den Endsieg über die Kräfte des Nazismus und Faschismus zu ermöglichen.

Unsere französische Kameraden sollen wissen, dass die britischen Eisenbahner trotz aller Schwierigkeiten und Gefahren ihre Arbeit fortsetzen und sie fortsetzen werden, bis der vollständige Sieg über Nazismus und Faschismus errungen ist.

Die britischen Eisenbahner wissen, dass dieser Kampf um ihre Freiheit auch den französischen Kameraden die Freiheit der Vereinigung und die Aktionsfreiheit, die ihnen vorübergehend von den machtlüsternden Diktaturen genommen wurde, wiederbringen wird. Die britischen Eisenbahner hoffen aufrichtig, dass sie bald wieder mit ihren französischen Kameraden zusammenarbeiten werden.

Die deutschen Eisenbahner erinnerte John Marchbank daran, dass sie erst 1916 das Recht erhielten, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Nach dem Kriege 1914/18 bauten die deutschen Eisenbahner eine starke Gewerkschaft auf und schlossen sich der Internationalen Transportarbeiter-Föderation an, zu der auch die andern Transportarbeiter gehörten. Sie beteiligten sich aktiv an der Arbeit der I.T.F. Heute arbeitet die I.T.F. ohne die Unterstützung einer deutschen Gewerkschaftsorganisation. Hitler und der Nazismus haben alle Gewerkschaften in Deutschland zerstört. Als Generalsekretär der britischen Eisenbahnergewerkschaft, die Eisenbahner aller Grade erfasst, und als Vizepräsident der I.T.F. sende ich den deutschen Eisenbahnern und allen andern Transportarbeitern diese Botschaft: Ich lege Wert darauf, dass sie begreifen, dass die britischen Eisenbahner keinen persönlichen Streit mit ihren deutschen Kameraden haben. Im Gegenteil, die britischen Eisenbahner kämpfen gegen das Nazi-System, das den deutschen Arbeitern das Recht auf Gewerkschaftsfreiheit nimmt und sie daran hindert, im Gesamtinteresse aller Transportarbeiter mit ihren ausländischen Kollegen zusammenzuarbeiten. Die deutschen Eisenbahner können nicht durch Verhandlungen bessere Arbeitsbedingungen, besseren Lohn und Berücksichtigung ihrer Beschwerden erreichen. Sie haben hinzunehmen, was ihnen befohlen wird. Sie wissen aus bitterer Erfahrung, dass Ungehorsam Konzentrationslager bedeutet. Sie können ihre Angelegenheiten nicht untereinander besprechen, weil sie, wieder aus bitterer Erfahrung, wissen, dass die Gestapoagenten herumsplündern. Sie wissen auch, dass die Gestapo nicht davor zurückschreckt, sie durch ihre eigene Kinder bespitzeln zu lassen.

Die britischen Eisenbahner und Transportarbeiter kämpfen auch für das Recht der deutschen Eisenbahner, sich wieder in einer Gewerkschaft zu organisieren und sich mit ihren Arbeitskollegen international zusammenzuschließen. Die britischen Eisenbahner wissen, dass, wenn in nicht zu fernher Zeit der Sieg errungen ist, die deutschen Arbeiter wieder das Ihre in der internationalen Bewegung tun werden, in der internationalen Bewegung für Freiheit aller Arbeiter.

John Marchbank schilderte den deutschen Eisenbahnern, was die britischen Eisenbahner tun, um diesen Krieg für die Freiheit und gegen die Mächte der Tyrannei und Unterdrückung zu gewinnen.

Ich erwähne den Mut, den zahllose britische Eisenbahner aller Grade täglich und stündlich beweisen, nur damit unsere deutschen Kameraden erkennen, dass die britischen Eisenbahner fest davon überzeugt sind, dass dieser Krieg auch geführt wird, um ihren deutschen Kameraden und allen unterdrückten Völkern die Freiheit wiederzugewinnen.

Alle britischen Eisenbahner sind davon überzeugt, dass sie durch ihre Opfer die Herrschaft der Diktatoren beseitigen werden und dass sie dann in ihrer internationalen Gewerkschaftsorganisation auch die deutschen Eisenbahner und Transportarbeiter wieder begrüßen werden können.

Fortsetzung von Seite 59.

werden und dass durch den so überschwänglich gefeierten Studentinnen-Einsatz im vergangenen Jahr nur ganze 6.000 Arbeiterinnen - von 1.400 gerade eine - einige Tage länger Urlaub erhielten.

(Für die Red.: "Lokal-Anzeiger", 20.II.; Wiener Presse, 8.III.; Erlass des Arbeitsministers vom 11.I.41.)

Das französische Eisenbahnsystem wird geplündert

(ITF) Der Lebensmittelmangel im unbesetzten Frankreich ist weitgehend eine Folge der durch die Plünderung der französischen Eisenbahnen durch die deutschen

Besatzungsbehörden verursachten Verkehrskatastrophe. Von den 450.000 10-, 20- und 30-Tonnenwagen haben die deutschen Behörden 140.000 beschlagnahmt, von den übrigen Waggons ebenfalls ein Drittel. Dem unbesetzten Gebiet, in dem 2/5 aller Franzosen leben, stehen nur noch 60.000 Waggons zur Verfügung.

(Für die Red.: Bericht eines französischen Korrespondenten an die "New York Times", 21.II.41.)